

## Was zu ändern in Westdeutschland notwendig ist

*Wir benutzen unsere politisch-ideologischer Argumentation vorbehaltene Rubrik „Antwort auf aktuelle Fragen“ diesmal, um alle Parteifunktionäre, alle Agitatoren und Propagandisten der Partei noch einmal mit jenem Abschnitt aus der programmatischen Rede des Genossen Walter Ulbricht in der Festveranstaltung zum 20. Jahrestag der Gründung der SED vertraut zu machen, der sich besonders mit den demokratischen Veränderungen beschäftigt, die in Westdeutschland und Westberlin einer Annäherung und schließlich Konföderation der beiden deutschen Staaten vorausgehen müßten und die in dem auf Initiative unserer Partei begonnenen Dialog zwischen SED und SPD einen hervorragenden Platz einnehmen müssen, weil sie die Grundfragen der Existenz der deutschen Nation darstellen.*

*Die Redaktion*

In der westdeutschen Bundesrepublik muß zweifellos vieles verändert werden, bevor der Prozeß des Zusammenschlusses der beiden deutschen Staaten und des besonderen Territoriums Westberlin beginnen kann. Die westdeutsche Arbeiterklasse und alle westdeutsche\* sehen Werktätigen stehen vor der Aufgabe, vieles nachzuholen, was schon vor 20 Jahren hätte getan oder wenigstens energisch hätte begonnen werden müssen. Das ist natürlich schwer.

Andererseits haben es die westdeutschen Werktätigen und andere Patrioten heute leichter als das Volk der DDR. Denn das Volk der DDR hat in den vergangenen 20 Jahren zwei geschichtliche Umwälzungen erfolgreich durchgeführt. Es liegen also Erfahrungen vor, wie man die historischen Aufgaben lösen kann, was zweckmäßig und was nicht zweckmäßig ist. Die westdeutsche Arbeiterklasse mit ihren Verbündeten, den Bauern, den Angehörigen der Intelligenz und des Mittelstandes und allen friedliebenden und demokratischen Kräften, kann also leicht-

ter den Weg finden und erfolgreich gehen, der den spezifischen Bedingungen Westdeutschlands entspricht.

Die westdeutschen Monopolherren und ihre Politiker kennen nur eine Vorstellung von einem künftigen einheitlichen Deutschland. Es unterscheidet sich hinsichtlich der Machtverhältnisse in nichts Wesentlichem von dem Deutschland des Jahres 1914 und dem Deutschland des Jahres 1939.

**Wir erklären offen:** Einen solchen einheitlichen, aber aggressiven und kriegslüsternden deutschen Staat, in dem die Monopolherren und die Militaristen die Macht ausüben, wird es niemals wieder geben. Es wird ihn nicht geben, weil das Volk der DDR, das sich einen modernen Friedensstaat aufgebaut hat, ihn nicht will. Es wird ihn nicht geben, weil auch ein wachsender Teil der Bevölkerung Westdeutschlands ihn nicht will. Es wird ihn auch deshalb nicht geben, weil die fortschrittlichen Staaten und die Völker Europas, insbesondere